

Grünes Licht für Bahnstadt

Von Rainer Schmidt, 19.08.08, 14:53h, aktualisiert 19.08.08, 14:56h

Grünes Licht für den Vertrag mit der Bahnstadt hat der Finanzausschuss gegeben. Im Hinblick auf die Abstimmung im Stadtrat allerdings meldeten einige Mitglieder der CDU-Fraktion Bedenken an.



Die Verlegung der Güterzugstrecke (hier in Höhe der Friedrich-List-Straße) dorthin, wo jetzt noch der Bahnhof ist, steht im Mittelpunkt des Konzeptes zur Neuen Bahnstadt. (Bild: Ralf Krieger)

LEVERKUSEN Im Finanzausschuss war die Sache klar. Einstimmig stimmte das Gremium dem Dienstleistungsvertrag zwischen Stadt und der Gesellschaft Neue Bahnstadt Opladen zu und gab damit dem Stadtrat, der am kommenden Montag endgültig entscheidet, eine mehr als eindeutige Empfehlung mit auf den Weg. Im Rat selbst wird das Ergebnis nicht einstimmig ausfallen, kündigte die finanzpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Irmgard von Styp-Rekowski, im Finanzausschuss doch an, die Christdemokraten würden nächsten Montag nicht geschlossen abstimmen. Eine breite Mehrheit scheint dennoch gesichert.

Bedenken wegen Altlasten

Einige Mitglieder der CDU-Fraktion teilen offenbar die Bedenken des Baudezernenten Wolfgang Mues. Der Christdemokrat schätzt die finanziellen Risiken der Stadt bei der Altlastensanierung auf dem ehemaligen Bahngelände als zu hoch ein und hat der Verwaltungsvorlage zu dem Projekt seine Unterschrift verweigert.

Die Bahnstadt beschäftigt die Kommunalpolitik nun schon seit zehn Jahren. Da sei es nicht nötig, Dinge übers Knie zu brechen, meinte Styp-Rekowski, und empfahl, die Stadtverwaltung solle die Vorlage nochmals gründlich überarbeiten. Während seiner gesamten bisherigen kommunalpolitischen Tätigkeit habe er kaum eine Vorlage zu Gesicht bekommen, die so sauber gearbeitet sei, wie die zur Bahnstadt, entgegnete Wolfgang Pockrand (SPD), unterstützt von Michael Quatz (Bürgerliste). „Ich verstehe nicht, wie man bei diesem Projekt derart wanken und zittern kann“.

Als „Stänkerei“ bezeichnete Roswitha Arnold, Fraktionschefin von Bündnis 90 / Die Grünen, die Einwände der CDU. Es habe schon lange keine Vorlage aus der Verwaltung gegeben, die die vorhandenen Risiken so offen anspreche. Beim Land NRW, das die finanzielle Hauptlast trage, habe man keinerlei Verständnis dafür, wie in Leverkusen mit dem Projekt umgegangen werde.

Vertrag als "Sicherungskasten"

Stadtkämmerer Rainer Häusler versuchte, die aus der CDU-Fraktion geäußerten

Bedenken zu zerstreuen. „Der Dienstleistungsvertrag mit der Bahnstadt-Gesellschaft ist der Sicherungskasten des Projekts“. Die Umsetzung des Projekts stehe regelmäßig unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit, der Stadtrat könne jederzeit eingreifen. Die Bahnstadt-Gesellschaft könne Verpflichtungen gegenüber Dritten nur eingehen, soweit die benötigten Mittel durch den Rat etatisiert seien. Die Stadt habe ein jederzeitiges Zugriffsrecht auf das Treuhandkonto der Gesellschaft und bleibe zu jedem Zeitpunkt Herr des Verfahrens. Der Höchstbetrag des städtische Eigenanteils bei der Gleisverlegung sei auf 13,25 Millionen Euro begrenzt. Sei diese Begrenzung nicht erreichbar, werde die Stadt - nach entsprechendem Ratsbeschluss - vom Vorhaben der Gleisverlegung und der Entwicklung des westlichen Projektabschnittes zurücktreten, erklärte Rainer Häusler.

Den Finanzausschuss hat er mit diesen Argumenten offenbar überzeugt.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1218660396262>

Copyright 2008 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.